

# »Da bohren wir ein dickes Brett«

In Karlsruhe wird heute der diesjährige Preis für »Whistleblower« verliehen. Für sie müsste es ein Schutzgesetz geben.

**Ein Gespräch mit Otto Jäckel**

**Die Vereinigung deutscher Wissenschaftler (VDW) und die deutsche Sektion der Internationalen Vereinigung von Juristen gegen Atomwaffen (IALANA) verleihen am heutigen Freitag in Karlsruhe den diesjährigen »Whistleblower-Preis« u. a. an den ehemaligen Drohnenpiloten Brandon Bryant aus den USA. Haben die bisherigen Preisverleihungen dazu geführt, dass sich mehr Whistleblower gemeldet haben?**

Vielleicht tragen wir durch die Ehrung von Whistleblowern für ihre Zivilcourage ein kleines bisschen dazu bei. Ich glaube aber, es ist nicht die Vergabe dieses Preises, sondern eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung, die dazu führt, dass Menschen, die in ihrer Arbeitsumgebung registrieren, dass da etwas nicht in Ordnung ist oder schief läuft, mehr als zuvor den Mut haben, das an die Öffentlichkeit zu tragen. Bryant ist ein solcher Fall, der zeigt, dass auch die Beteiligten an der Führung des Drohnenkriegs ein Gewissen haben.

Der subjektive Faktor, der Mensch ist stets eine Schwachstelle in solchen Strukturen, die nie völlig beherrschbar ist. Inzwischen hat sich ein weiterer »Whistleblower« aus diesem Bereich anonym gemeldet. Es gibt eine Reihe von US-Soldaten, die so von ihrem Gewissen gequält sind, dass sie nicht mehr anders können, als sich an die Öffentlichkeit zu wenden.

**Es ist doch gefährlich, Interna und Geheimdokumente aus Behörden an die Öffentlichkeit zu bringen – was hat ein »Whistleblower« von deutschen Staatsanwälten zu befürchten?**

Es kommt darauf an, welche Informationen er veröffentlicht hat – es kann um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse eines Unternehmens gehen, oder um illegale Vorgehensweisen in der staatlichen Verwaltung. Wir vertreten die Auffassung, dass illegale Praktiken niemals legitime Geheimnisse sein können, deren Veröffentlichung sanktioniert werden darf.

Militärische Geheimnisse zum Beispiel werden generell als Verschlussache angesehen – unabhängig davon, ob sie sich auf legale oder illegale Praktiken beziehen.

Das sehen wir ja auch am Verhalten der Bundesregierung im NSA-Untersuchungsausschuss, in dem selbst den Abgeordneten bestimmte Daten vorenthalten werden. Dort stellt sich ja die Frage, ob die Regierung erst mit gerichtlichen Schritten dazu gezwungen werden muss, solche Informationen herauszugeben.

**Ist es rechtlich haltbar, wenn**

**Bündnisverpflichtungen über die nationale Gesetzgebung gestellt werden?**

Die Mitglieder der Bundesregierung sind an Recht und Gesetz gebunden. Darauf haben sie auch ihren Amtseid geschworen. Das Grundgesetz hat in jedem Fall Vorrang vor Bündnisverpflichtungen gegenüber der NATO oder der EU.

**Wäre es nicht sinnvoll, wenn der Bundestag ein Whistleblower-Schutzgesetz beschlösse? Es ist doch schließlich im öffentlichen Interesse, dass Behörden- oder Firmenskandale auf diesem Wege bekanntwerden.**

Das halten wir für zwingend erforderlich. Die nach dem Enron-Skandal 2001 in den USA auf Grund des Sarbanes-Oxley Acts für an der US-Börse registrierte Unternehmen geforderten Compliance-Vorschriften gelten inzwischen auch in vielen deutschen Unternehmen. Sie sollen aber in erster Linie die Interessen der Anleger schützen und bieten keinen effektiven Schutz für Whistleblower, der es ihnen erleichtern würde, illegale Praktiken ans Tageslicht zu bringen. Der Abgasskandal bei VW ist ein gutes Beispiel: Wenn es ein verlässliches Schutzgesetz gäbe, wäre dieser Betrug möglicherweise schon viel früher aufgeklärt worden und nicht erst jetzt, wo er Hunderttausende Arbeitsplätze in Gefahr bringt.

**Was sagen die Bundestagsparteien zu einem solchen Vorschlag?**

Es hat mehrere Anläufe gegeben, ein solches Schutzgesetz im Bundestag zu verabschieden. Im Frühjahr gab es einen weiteren Versuch. Ein entsprechender Vorschlag der Opposition wurde von den Abgeordneten der Regierungsparteien aber leider abgelehnt.

Ich weiß, wir bohren mit unserer Forderung ein dickes Brett. Aber irgendwann werden wir Erfolg haben.

**Interview: Peter Wolter**



FLORIAN SCHUH/DPA-BILD/FUNK

Der Wiesbadener Rechtsanwalt Otto Jäckel ist Vorsitzender der deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung von Juristen gegen Atomwaffen (IALANA)